

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/70

10. April 1974

Klarer und sicherer Kurs der SPD

Jetzt muß der Wähler umfassend informiert werden

Seite 1 / 47 Zeilen

Gesetze der Demokratie gelten auch für den Sport

Anmerkungen zur DFB-Attacke auf innerdeutsche Fortschritte

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 58 Zeilen

CDU-Schaumachlögerei um Europa

Wie Kai-Uwe von Hassel die EG aktivieren möchte

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 / 41 Zeilen

Erster Schritt zu einer "Umwelbilanz"

Sachverständigenrat legt sein Gutachten für 1974 vor

Von Klaus Konrad MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Klarer und sicherer Kurs der SPD

Jetzt muß der Wähler umfassend informiert werden

Die Aussagen, die der SPD-Vorsitzende in den letzten Tagen über die politische Richtung seiner Partei gemacht hat, sollten in ausreichendem Maße zu der allgemeinen Erkenntnis beigetragen haben, daß die deutsche Sozialdemokratie sich nach wie vor unverändert auf dem Reformkurs einer Partei des Volkes befindet und daß es keine Änderungen in dieser Linie geben wird. Willy Brandt hat die SPD als eine Volkspartei charakterisiert, die als politische Willensgemeinschaft von Menschen aller Glaubensrichtungen und aus allen Schichten eine verantwortungsvolle Reformpolitik betreibt.

Diese eindeutige und klare Haltung des Parteivorsitzenden, die von allen verantwortlichen Gremien der SPD geteilt wird, stützt sich auf die Maximen des Godesberger Programms, die Forderungen der sozialdemokratischen Wahlplattform und die Thesen des Regierungsprogramms. Willy Brandt hat dieses Paket noch ergänzt durch seine zehn Punkte, die er vor kurzem im Anschluß an die Parteivorstandssitzung proklamiert hat, in der die Konsequenzen aus den Wahlniederlagen besprochen und beschlossen worden waren.

Jedermann in der Bundesrepublik weiß also für heute und morgen ganz konkret, welche Politik die SPD vertritt und praktiziert. Jedes der Dokumente, auf die sich der SPD-Vorsitzende in seinen jüngsten Erklärungen bezogen hat, kann jedermann jederzeit nachlesen, wenn er sich selbst darüber klar werden will, woran er mit der SPD und der von ihr geführten Bundesregierung ist, was er von ihr erwarten und was er aufgrund ihrer Aussagen verlangen kann. Die SPD und die Regierung sollten dafür Sorge tragen, daß dort, wo diese Dokumente nicht zur Verfügung stehen sollten, diese Erkenntnislücke so rasch wie möglich geschlossen wird. Man muß der Forderung nach Vertrauen die notwendige Wissensbasis geben. Man kann den Wähler nicht der Desinformierung durch gegnerische Massenmedien oder der Verängstigung durch die Opposition überlassen. In einer Zeit, in der die CDU/CSU mit Unterstützung ihrer Hilfstruppen in der Presse und in der Wirtschaft alles daran setzt, den Bürger und den Wähler zu verunsichern, muß bei der SPD und bei der Bundesregierung die Aufklärung und Unterrichtung ganz groß geschrieben werden.

Der umfassend informierte Bürger und Wähler ist in der Lage, voll zu übersehen, ob und welche Aussagen auch aus sozialdemokratischen Gruppen im Verhältnis zur offiziellen Haltung und Bekundung der SPD überhaupt relevant sind. Dieser Wähler und Bürger, der sich sein Wissen nicht mehr aus Boulevardblättern gleich welchen Niveaus und nicht aus der Agitation der Opposition besorgen muß, wird rasch feststellen können, daß für ihn und seine Entscheidung über die SPD die Aussagen der vom Vertrauen der SPD-Mitglieder getragenen SPD-Führung allein verbindlich sind. Diese notwendige Erkenntnis wird gestärkt und abgesichert durch die mahnende und warnende Feststellung des SPD-Vorsitzenden, daß in der SPD nichts zu suchen hat, wer eine andere Partei unterstützt. (ee/10.4.1974/bgy/ee)

Gesetze der Demokratie gelten auch für den Sport

Anmerkungen zur DFB-Attacke auf innerdeutsche Fortschritte

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Auf der Grundlage von Mitgliederzahlen und Stimpfpaketen hält der Deutsche Fußball-Bund Kraftakte hin und wieder für ein taugliches Mittel, damit im Konzert der Fachverbände mit dem Sachwalter der Gesamtinteressen, dem Deutschen Sport-Bund (DSB), deutlich wird, wer letztlich "Herr im Hause" ist. Das Presseecho auf die EntschlieÙung des Beirates des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) im Zusammenhang mit der Vereinbarung der Sportbünde in den beiden deutschen Staaten müÙte die Fußballführung davon überzeugt haben, daß diese Aktion ein Mißgriff außerordentlicher Art war.

Eine Kommentar-Kostprobe aus der "Süddeutschen Zeitung": "Für die Engstirnigkeit, mit der der Beirat des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) die deutsch-deutsche Vereinbarung vom 20. März zu torpedieren sucht (und dabei den spontanen Rücktritt des DSB-Präsidenten Kregel erreicht hat) gibt es lediglich die eine Erklärung, daß der Horizont gewisser Fußball-Funktionäre nicht über Strafraum und Torbalken hinausreicht." Soweit die "Süddeutsche Zeitung", in anderen Kommentaren sah der DFB nicht viel besser aus.

Die Kraftmeierei hat fast zwangsläufig die Frage aktualisiert, ob die durchaus legitimen Profi- und Profitinteressen des DFB noch mit den mehrheitlich anders ausgerichteten Zielsetzungen im Amateurbereich überhaupt vereinbar und im Deutschen Sportbund gemeinsam vertretbar sind. Eine unvoreingenommene Prüfung dürfte für die zukünftige Struktur der Sportorganisationen von erheblicher Bedeutung sein. Mit einer an der Wirklichkeit vorbeigehenden Dauerdeklamation von der Einheit des Sports wird den tatsäch-

lichen Bedürfnissen kaum wirksam und zukunftsträchtig geholfen. Für den außenstehenden Betrachter und Interessenten ist der Vorsitzende des Landesportbundes Nordrhein-Westfalen, Willi Weyer, offenbar als Sieger aus der Konfrontation Deutscher Fußball-Bund-Deutscher Sport-Bund hervorgegangen. Es ist sicherlich Geschmacksache, daß sich Weyer beim Verzicht von Dr. Kregel unverzüglich als neuer DFB-Kandidat für den DSB-Präsidentenposten inthronisieren ließ.

Weyers Liaison vollzieht sich merkwürdigerweise mit jenem Partner, der ihn beim DSB-Bundestag 1970 nicht für präsidienwürdig hielt; die DFB-Stimmen verhalfen dem ehem. Turnerpräsidenten Dr. Wilhelm Kregel zu einer knapp vierjährigen Amtszeit. "Leider, und dies darf jetzt wohl schon festgestellt werden, haben das Vier-Mächte-Abkommen für Berlin, die Verträge mit der UdSSR, der DDR und Polen sowie die ersten Kulturrekordabkommen für den Sport keine verbesserte Lage geschaffen. Im Gegenteil: Sie erschweren die Position des Sports....", meinte Weyer noch Ende August 1973. Und weiter erklärte er: "Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, daß der Erfolg über Nacht kommt. Ein langer Weg liegt noch vor uns. Er verlangt Standfestigkeit in den Grundsätzen und Fingerspitzengefühl in der Taktik." Letzteres vermißte man allerdings bei Weyer selbst sowohl in der Beurteilung der Möglichkeiten innerdeutscher Sportbeziehungen als auch in dem heftigen Bestreben, Präsident des Deutschen Sport-Bundes zu werden.

Die jetzt erneut sichtbar gewordene Haltung einflußreicher Sportfunktionäre zur Rolle des Sports in einer demokratischen Gesellschaft läßt die ständig benutzte Schutzbehauptung vom Schreckgespenst Staat als blaues Make-up erscheinen. Sportpolitik ist kein Fremdkörper in der demokratischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Bundestag und Bundesregierung müssen deshalb ihre sportpolitischen Aufgaben verstärkt wahrnehmen. Immerhin hat der DFB mit seiner Attacke auf die Prinzipien der Vernunft und die schrittweise Verbesserung in den innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen das Verständnis für die Notwendigkeit einer soliden Sportpolitik geweckt. Ob er dies allerdings gewollt hat, ist zumindest umstritten.

(-/10.4.1974/ks/pr)

+ + +

CDU-Schaumschlängerl um Europa  
-----

Wie Kai-Uwe von Hassel die EG aktivieren möchte

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Kai-Uwe von Hassel CDU-MdB und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, bringt sich in das europäische Rampenlicht. Als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten wandte er sich an die Vorsitzenden der entsprechenden Organisationen anderer politischer Gruppierungen im EG-Bereich und an die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Europäischen Parlament. In seinem Schreiben von Ende März kam der CDU-Politiker zu der Erkenntnis, daß "die Europäische Gemeinschaft in eine tiefe Krise geraten" sei. Er schlug daher, "um keine Zeit zu verlieren, eine Konferenz derjenigen demokratischen Parteien vor, deren Länder Mitglieder in der Gemeinschaft sind, um noch vor der Gipfelkonferenz im Mai über die Zukunft Europas zu beraten und sich verbindlich zu äußern". Für den Fall der Zustimmung zu einer solchen Konferenz regte der Vorsitzende der EG-Christen an, daß die demokratischen Fraktionen des Europäischen Parlaments einen Resolutionsentwurf vorbereiten.

Um bei diesem Vorschlag zu beginnen: Wer das bisweilen krankhafte Bemühen kennt, im Europäischen Parlament Gemeinsamkeiten durch Abstimmung über Resolutionen zu erreichen, weiß, welchen Wert diese haben: oft keinen. Da wird Rücksicht genommen auf diverse Strömungen und nationale Interessen, und zum Schluß kommt ein verwaschenes, nichtsagendes Getöse heraus, über das dann selbst die jeweiligen Initiatoren unglücklich sind. Und genau das will offensichtlich Herr von Hassel. Wenn die demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft Wege aus der Krise wollen, brauchen sie keinen neuen Verein. Sie haben ihre legitimierte Beschlüßgremien und können durch nationale Einflußnahme auf ihre Regierungen direkt auf den Ministerrat einwirken.

Dazu kommt noch die Repräsentanz im Europäischen Parlament. Europas Weiterentwicklung hängt davon ab, wie seine Institutionen funktionieren und wie diese gewillt sind, zu Entscheidungen fähig zu sein. Ein Tag, an dem die Vorsitzenden dieser demokratischen Parteien zusammentreffen und eine - sicherlich - auf ein Minimum festgelegte Resolution verabschieden, ist überflüssig. Die einzuladenden Herren wissen selbst, wo ihre Verantwortung liegt und was zu verantworten sie bereit sind.

Das von Herrn v. Hassel vorgesehene Treffen kann nicht als ein ernsthafter Versuch zur Überwindung bestehender Schwierigkeiten gewertet, sondern muß wohl als taktische Absicht christdemokratischer Politiker gesehen werden, sich einer unwissenden Öffentlichkeit als gute Europäer zu repräsentieren.

(-/10.4.1974/bgy/ar)

+ + +

## Erster Schritt zu einer "Umwelbilanz"

Sachverständigenrat legt sein Gutachten für 1974 vor

Von Klaus Konrad MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Das Umweltgutachten 1974 liegt jetzt der Öffentlichkeit vor; kiloschwer: eine wahre Fundgrube an Informationen über den Zustand unserer Umwelt und an Empfehlungen zur Umwelterhaltung und -sanie- rung. Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, dem zwölf namhafte Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen angehören, "soll die jeweilige Situation der Umwelt und deren Entwicklungstendenzen darstellen sowie Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder zu deren Beseitigung aufzeigen". Mit der Vorlage dieses ersten Gesamtgutachtens ist auch der erste Schritt zur Erstellung einer "Umwelbilanz" getan. Die in der Studie zusammengetragenen wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse werden zur Erleichterung der Urteilsbildung auf objektiver Grundlage bei allen umweltpolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit beitragen.

Dies ist umso hilfreicher zu einer Zeit, in der die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der Lebensgrundlagen unserer industriellen Gesellschaft zur Durchsetzung kurzfristiger materieller Vorteile als "Umwelthysterie" gebrandmarkt werden; in der durch den Aufbau künstlicher Alternativen ("Wer reine Luft atmen will, muß bereit sein zu frieren") eine Emotionalisierung erreicht wird, die sachgerechte Lösungen verhindert; und in der die Opposition aus parteiegoistischen - sprich machtpolitischen - Motiven über die CDU/CSU regierten Länder im Bundesrat ihre Obstruktionspolitik zu Lasten der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in unserem Lande fortsetzt.

Es ist unbestreitbar, daß das kapitalistische System in den westlichen Industriestaaten zu einer ungeheuren Steigerung der materiellen Wohlfahrt geführt hat; es ist aber ebenfalls nicht mehr bestreitbar, daß dieses System in verschiedenen Bereichen, die sich auf die Qualität des Lebens beziehen, gescheitert ist. Der einschneidenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen muß

Einheit geboten werden; die Selbstzerstörung unserer Gesellschaft wäre sonst nicht aufzuhalten. Ähnelt unser Verhalten wirklich dem des Catoblepas, jenes Fabeltiers, das so dumm war, daß es seine eigenen Glieder auf fraß, ohne es selbst zu bemerken?

Derartiges Verhalten zu verhindern ist Ziel sozialdemokratischer Umweltpolitik. Seit Bildung der sozialliberalen Koalition sind gegen vielerlei Widerstände bedeutende Umweltschutzgesetze durchgesetzt worden. Die vom Sachverständigenrat ausgesprochenen Empfehlungen bedeuten eine Unterstützung dieser Politik. Das Kabinett wird in Kürze Gesetzentwürfe zur Einführung eines Umweltgrundrechts und der Umweltverträglichkeitsprüfung verabschieden. Die Einführung einer Verbandsklage wird sorgfältig geprüft. Weitere Empfehlungen des Sachverständigenrats sind bereits realisiert. Das Umweltschutzgesetz ist vom Bundestag am 2. April in zweiter und dritter Lesung verabschiedet worden und liegt dem Bundesrat zur abschließenden Behandlung vor. Die nach dem Abfallbeseitigungsgesetz zu erlassenden Rechtsverordnungen sind ebenfalls dem Bundesrat zugeleitet worden. Dasselbe gilt für den Entwurf eines Waschmittelgesetzes und den Entwurf eines Abwasserabgabengesetzes.

Als besonders hilfreich muß die Empfehlung des Sachverständigenrats gewertet werden, dem Bund die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit für den Wasserhaushalt zu übertragen. Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß diese Übertragung sachgerecht und im Interesse eines wirksamen Gewässerschutzes unabdingbar ist. Es bleibt abzuwarten, ob die Opposition entgegen ihrer unmißverständlichen Aussage in ihrem Konzept für Umweltvorsorge vom 27. Oktober 1972 weiterhin dem Bund in diesem Kerngebiet des Umweltschutzes die Vollkompetenz vorenthalten will. Die Opposition ist aufgerufen, ihre Entscheidung auf der Grundlage der überzeugenden Argumentation des vorgelegten Gutachtens zu überprüfen. Sie würde damit ihre Zusage in der 1. Lesung des Entwurfs am 18. Oktober 1973 erfüllen, nämlich der Verfassungsänderung zuzustimmen, falls diese sachlich erforderlich sein sollte. Dies ist nunmehr dargetan.

Es ist zu begrüßen, daß das Umweltgutachten 1974 in vollem Umfang der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Ein solches Vorgehen dient der wünschenswerten Objektivierung und Versachlichung der Diskussion. Es ermöglicht dem Bürger, die politische Praxis von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, von Regierung und Opposition an den Empfehlungen des Sachverständigenrats zu messen. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen brauchen diesen Vergleich in der Tat nicht zu scheuen.

(-/10.4.1974/ks/pr)

+ + +

#### Regierungsbildung in Hamburg abgeschlossen

Bitte lesen Sie in diesem Artikel (9. April / Seite 4a) im letzten Absatz / zweite Zeile: "... war der SPD-Landesparteitag erstmalig beteiligt."

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller